

EJ AKTUELL 4/09

Klaus Waldmann stellt die Empfehlung des BJK: „Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine“ vor.

Kindersoldaten in Deutschland – Eine Problemanzeige

Ubuhlobo Projekt erhält Brückenpreis 2009



Ev. Jugend Pfalz

ej-aktuell 4/2009, S. 1

Vom lieben Geld – Änderungen Landeskirchlicher Jugendplan

Wie in der ej-aktuell 3/2009 berichtet, gelten seit dem 1. Januar 2009 erweiterte Förderbedingungen im Bereich 2.7. VV-JuFöG (Verwaltungsvorschrift Jugendförderungsgesetz) des Landes. Dadurch können nun Maßnahmen, die bislang über den landeskirchlichen Jugendplan bezuschusst wurden, über das Land beantragt werden.

Um den Landeskirchlichen Jugendplan an diese aktuellen Fördermöglichkeiten anzupassen, wurden verschiedene Förderkategorien des Landeskirchlichen Jugendplans verändert.

Diese wurden in der Sitzung der Evangelischen Landesjugendvertretung am 05. September 2009 verabschiedet und sind seit diesem Termin in Kraft getreten.

Den aktuellen Landeskirchlichen Jugendplan findet ihr zum Download im Internet auf der Homepage der Evangelischen Jugend <http://www.ev-jugend-pfalz.de> unter „Aktuelles.“

Tina Sanwald

TERMINE 2010

30.01.2010 17.00 Uhr Bad Dürkheim	Neujahrsempfang der Evangelischen Jugend mit feierlichem Gottesdienst zur Indienststellung der Kapelle des Martin-Butzer-Hauses und Eröffnung der Kampagne „Evangelische Jugend vor Ort“ im Martin-Butzer-Haus.
08.-11.02.2010 Josefstal	Arbeitstagung der beruflichen Mitarbeiter/-innen der Evangelischen Jugend der Pfalz zur Kampagne „Evangelische Jugend vor Ort“ in Josefstal.
28.02.2010 CVJM Kaiserslautern	125jähriges Jubiläum in Kaiserslautern.
08.-11.05.2010	bike-help Tour der Evangelischen Jugend und des BDKJ zum Ökumenischen Kirchentag in München.
12.05.-16.05.2010 München	Ökumenischer Kirchentag in München, gemeinsame Fahrt der Evangelischen Jugend der Pfalz und des BDKJ im eigenen Sonderzug.
21.08.2010 Bad Dürkheim	After-Summer-Party für alle Freizeitteilnehmenden der Evangelischen Jugend im Martin-Butzer-Haus.
25.-26.10.2010 Bad Dürkheim	Zentrale Arbeitstagung der Evangelischen Jugend der Pfalz im Martin-Butzer-Haus.
05.-07.11.2010 Bad Dürkheim	Mitarbeiter/-innen-Forum der Ehrenamtlichen der Evangelischen Jugend der Pfalz im Martin-Butzer-Haus.
26.11.2010 Böhl-Iggelheim	Landesconficup Jugendzentrale Speyer/ LJPA.

Inhalt

Editorial	S. 2
Schlaglicht	S. 3
Jugendpolitik neu denken und stärken	S. 4
Voll gut – mach mit	S. 8
Klimawandel	S. 9
Macht Armut fassbar	S. 10
Brückenpreis 2009	S. 11
Positionspapier zum Kompetenzcheck	S. 12
Solidaritätsbekundung zum Bildungsstreik	S. 14
Freiwilligendienst aller Generationen	S. 15
Kindersoldaten in Deutschland	S. 16
Wehrpflichtverkürzung	S. 17
Ergebnisse der ZAT	S. 18
Aktuelles	S. 39
Neues aus der Bibliothek	S. 40

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landesjugendpfarramt der Evang. Kirche der Pfalz (V.i.S.d.P.)

Redaktion:
Steffen Jung, Ingo Schenk, Volker Steinberg,
Johann v. Karpowitz (Redaktionsleitung)

Landesjugendpfarramt
der Evang. Kirche der Pfalz
- Redaktion ej-aktuell -
Unionstraße 1,
67657 Kaiserslautern
Tel.: 0631/3642-001
Fax: 0631/3642-099
E-Mail: info@evangelische-jugend-pfalz.de



Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag
abgegolten.

Satz, Grafik und Lay-Out:
Thomas Kirsch

ej-aktuell erscheint im 58. Jahrgang
ISSN 0724-1518

Der Abdruck unaufgefordert eingehender
Beiträge kann nicht garantiert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen
nicht in jedem Fall die Auffassung des
Herausgebers dar.

Nachdruck gegen Quellenangabe
und zwei Belegexemplare.

Die Redaktion erreichen Sie:
Mo. bis Do.: 8.30-12.00 Uhr und
14.00-16.00 Uhr, Fr.: 8.30-12.00 Uhr

Ingo Schenk
Tel.: 0631/3642-018
E-Mail: info@evangelische-jugend-pfalz.de

Christiane Fritzingler,
Tel.: 0631/3642-020

Redaktionsschluss

ej-aktuell 1/2010:

02. März 2010





SCHLAGLICHT

*Der Tag, vor dem der große Christ
zur Welt geboren worden ist,
war hart und wüst und ohne Vernunft.
Seine Eltern, ohne Unterkunft,
fürchteten sich vor seiner Geburt,
die gegen Abend erwartet wurd',
denn seine Geburt fiel in die kalte Zeit.
Aber sie verlief zur Zufriedenheit.
Der Stall, den sie doch noch gefunden hatten,
war warm und mit Moos zwischen seinen Latten,
und mit Kreide war auf die Tür gemalt,
dass der Stall bewohnt war und bezahlt.
So wurde es doch noch eine gute Nacht,
auch das Heu war wärmer, als sie gedacht.
Ochs und Esel waren dabei,
damit alles in der Ordnung sei.*

*Eine Krippe gab einen kleinen Tisch,
und der Hausknecht brachte heimlich einen Fisch
(denn es musste bei der Geburt des großen Christ
alles heimlich gehen und mit List).*

*Doch der Fisch war ausgezeichnet und reichte durchaus
und Maria lachte ihren Mann wegen seiner Besorgnis aus,
denn am Abend legte sich sogar der Wind,
und war nicht mehr so kalt, wie die Winde sonst sind.
Aber bei Nacht war es fast wie ein Föhn
und der Stall war warm und das Kind war sehr schön.
Und es fehlte schon fast gar nichts mehr,
da kamen auch schon die Dreikönig daher!
Maria und Joseph waren zufrieden sehr.
Sie legten sich sehr zufrieden zum Ruhn,
mehr konnte die Welt für den Christ nicht tun.*

Zu Weihnachten und zum Neuen Jahr grüße ich Euch mit der Weihnachtsgeschichte von Bert Brecht mit ihrem Kontrast von Wärme und Kälte: Freundlich, vernünftig und menschlich die Wärme und die Kälte, aggressiv, wie sie Menschen auf der Straße erleben. Jesu Geburt ein Wunder in unvernünftiger Zeit, das Furcht und Verzagtheit als unbegründet erweist.

So startet Gott ins Leben.

Mit den besten Wünschen für 2010

Euer
Steffen Jung



Bundesjugendkuratorium legt neues Konzept für Jugendpolitik vor.

„Jugendpolitik muss sein Schattendasein verlassen – Jugendpolitik muss die Schranken einer auf das eigene Ressort begrenzten Politik überwinden und mit eigenem Gestaltungsanspruch in Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und andere Bereiche der Politik hineinwirken“ so die Vorsitzende des Bundesjugendkuratoriums Frau Dr. Claudia Lücking-Michel.

Für EJ-aktuell konnte Klaus Waldmann, Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung gewonnen werden. Er ist einer von fünfzehn Sachverständigen des Bundesjugendkuratoriums (BJK), dass die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik berät. Klaus Waldmann stellt die Empfehlung des BJK: „Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine“ vor.

Volker Steinberg

Jugendpolitik neu denken und stärken

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) hat im Mai d. J. eine Stellungnahme zur Neupositionierung von Jugendpolitik veröffentlicht. Ausgehend von der Überzeugung, dass auch künftig eine eigenständige Politik für Jugendliche notwendig ist, wird in dieser Stellungnahme begründet, weshalb es gerade jetzt notwendig ist, Jugendpolitik ein neues Profil zu geben.

Das BJK bietet mit seiner Stellungnahme einen konzeptionellen Rahmen für eine ressortübergreifende und kohärente Jugendpolitik an und nennt Indikatoren, an denen sich eine reformulierte Jugendpolitik messen lassen muss. Es setzt darauf, dass dieser Impuls in der Fachöffentlichkeit aufgegriffen und von Initiativen, Verbänden und der Politik weiter vorangetrieben wird. Die Veränderungen der Lebenslage Jugendlicher im Kontext ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Entwicklungen in den vergangenen Jahren sind Anlass, über Konzepte und Orientierungen von Jugendpolitik neu nachzudenken. Hinzu kommt, dass Jugendpolitik seit einigen Jahren eher ein Schattendasein führt und jugendpolitische Themen fast nur im Zusammenhang mit schlagzeilenträchtigen Ereignissen (Gewalt, Alkoholexzesse usw.) in das Blickfeld von Öffentlichkeit und Politik geraten. Seit einiger Zeit wird in der fachpolitischen und wissenschaftlichen Debatte die Forderung nach einer kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik artikuliert. So hat z. B. die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe oder der EU-Jugendministerrat in verschiedenen Papieren Impulse für eine deutlich konturierte Jugendpolitik bzw. für einen ressortübergreifenden und kohärenten Ansatz der von Jugendpolitik formuliert. Doch ein Blick auf die jugendpolitische Praxis in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik zeigt dann sehr schnell, dass die jugendpolitische Wirklichkeit eher einem Flickenteppich unabgestimmter Maßnahmen und Programmen unterschiedlicher Ministerien

gleich, als einem systematisch begründeten Konzept folgt. Das Konzept einer kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik, müsste sich auf eine Vorstellung von der Rolle und Bedeutung von Jugend für die Gesellschaft gründen und sich auf zentrale Entwicklungs- und Bewältigungsaufgaben in der Jugendphase sowie auf problematische Lebenslagen der Bevölkerungsgruppe der jungen Menschen im Ganzen beziehen. Vor diesem Hintergrund hat das BJK die Chance ergriffen, einen konzeptionellen Rahmen für eine kohärente und ressortübergreifende Jugendpolitik zu entwerfen und zu begründen sowie Ideen zu ihrer strategisch-operativen Umsetzung zu entwickeln.

In den Debatten um Jugendpolitik wird ihre relative Bedeutungslosigkeit häufig mit der Schwierigkeit erklärt, Jugend unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen überhaupt noch als Gegenstand politischen Handelns begrifflich genau zu fassen. Jugendpolitik als eigenes Handlungsfeld zu verstehen und sowohl gegenüber einer Politik für Kinder als auch einer Politik für (junge) Erwachsene abzugrenzen, wird als besonders begründungspflichtig betrachtet.

Trotz dieser Anfragen lässt sich eine bestimmte gesellschaftliche Praxis ausmachen, die das Strukturmuster Jugend erzeugt. Nach wie vor kann Jugend als eine biographische Phase zwischen Kindheit und Erwachsensein betrachtet wer-

den, die mit bestimmten „Entwicklungsaufgaben“ befasst und mit bestimmten, gegenüber der Kindheit deutlich erhöhten Freiräumen und Handlungschancen ausgestattet ist, zugleich aber auch mit Restriktionen (u. a. ökonomische Abhängigkeit) insbesondere im Vergleich zu Erwachsenen verbunden ist. Dieses historisch entstandene, gesellschaftliche Konstrukt von Jugend beinhaltet vor allem den Anspruch und die Zumutung, sich für später zu qualifizieren und sich auf eine spätere Handlungsfähigkeit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen vorzubereiten. Der gesellschaftliche Sinn von Jugend liegt also einerseits darin, eine stabile, selbststeuerungsfähige Persönlichkeit zu werden sowie die hiermit zusammenhängenden sozialen Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln. Andererseits ist er darin zu sehen, sich die Kompetenzen für Arbeit und Beruf und die Wahrnehmung weiterer gesellschaftlicher Rollen (Staatsbürgerrolle, der Mutter- bzw. Vaterrolle, der Konsumentenrolle etc.) anzueignen bzw. zu erweitern. Wenn also noch gilt, dass Jugend andere Handlungschancen und -restriktionen, Entwicklungsaufgaben und Rechte vorfindet als Kindheit und Erwachsensein, dann ist es aus der Sicht des BJK erforderlich, Jugendpolitik sowohl von einer Politik für Kinder als auch von einer Politik für Erwachsene abzugrenzen. Aus dieser Perspektiven kann sich Jugendpolitik weder auf einzelne problembelastete Teilgruppen von jungen Menschen beschränken, noch akzeptiert sie die historisch gewachsene institutionelle Verengung von operativer Politik für junge Menschen auf Jugendhilfepolitik. Vielmehr bedarf es einer jugendpolitischen Konzeption, die eine Thematisierung der Gesamtsituation von Jugendlichen, ihrer Sichtweisen, Erfahrungen und Lebenslagen unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen ins Auge fasst. Eine solche umfassende Sicht auf die Situation und gesellschaftliche Position von Jugendlichen muss die Vorverlagerung des Beginns der Jugendphase einerseits, wie auch die hinausgeschobenen Übergänge ins Erwachsenenalter andererseits berücksichtigen. Das BJK geht von zwei Phasen der Jugend aus: In einer „ersten Jugendphase“, die primär durch die Institution der Schule bestimmt ist, bedeutet Jugendliche/r-Sein im Wesentlichen Schüler/in sein. Hierauf folgt eine zweite nachschulische Phase, die insbesondere durch offene und riskante Übergangsprozesse in Arbeit und Beruf, aber auch durch Familiengründung und Vorbereitung auf die Elternschaft sowie durch jugendkulturelles Experimentierverhalten und durch gesellschaftliches und z. T. politisches Engagement geprägt ist. Insbesondere diese „zweite Jugendphase“ ist gesellschaftlich relativ unbestimmt, in ihrem Verlauf schwer kalkulierbar und durch hohe Risiken, aber auch neue Chancen und Freiräume geprägt.

Eine Jugendpolitik, die den gegenwärtigen Anforderungen an die politische Gestaltung der Lebenslage Jugend gerecht werden will, muss drei Dimensionen einbeziehen: die zeitliche, die sachliche und die operative Dimension.

In der zeitlichen Dimension muss die Spannung zwischen Zukunfts- und Gegenwartsorientierung aufgegriffen werden. In der überwiegenden Mehrzahl der vorliegenden jugendpo-

litischen Konzepte und Programme dominiert jedoch die Zukunftsperspektive. Ziele und Maßnahmen laufen auf eine Verbesserung der Chancen junger Menschen in Hinblick auf ihre spätere Teilhabe und/oder auf deren optimale Vorbereitung für eine spätere Erwachsenenexistenz hinaus. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch die Bezugnahme auf die Gegenwart von Jugend. Jugendpolitik hat immer auch die Aufgabe, Räume für die Realisierung jugendspezifischer Interessen, für jugendspezifische Orientierungen und Handlungsformen zu eröffnen und zu sichern und damit den Eigenwert der Lebensphase zu respektieren.

In einer sachlichen Dimension muss Jugendpolitik umfassend genug angelegt sein, um die Differenziertheit jugendspezifischer Interessen, Bedürfnisse und Anliegen berücksichtigen und aufgreifen zu können. Hierbei geht es sowohl darum, die Rolle und Bedeutung von Jugend für die Gesellschaft und die Anliegen und Interessen der Gruppe der Jugendlichen insgesamt im Auge zu behalten als auch darum, die unterschiedlichen Belange und Probleme einzelner Teilgruppen junger Menschen zu fokussieren.

Die operative Dimension von Jugendpolitik beinhaltet Überlegungen, wie und in welchen Strukturen eine kohärente und ressortübergreifende Jugendpolitik politisch umgesetzt werden kann.



Klaus Waldmann

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen schlägt das BJK ein aufeinander abgestimmtes Konzept von Jugendpolitik vor, das vier Typen von Jugendpolitik in einem einheitlichen Gesamtentwurf integriert: a) Jugendpolitik als Schutz- und Unterstützungspolitik; b) Jugendpolitik als Befähigungspolitik; c) Jugendpolitik als Teilhabepolitik; d) Jugendpolitik als Generationenpolitik.

Nach wie vor ist Jugendpolitik u. a. als Schutz- und Unterstützungspolitik zur Förderung und Begleitung des Erwachsenwerdens junger Menschen zu konzipieren. Sie geht von den unterschiedlichen Lebenslagen von Jugendlichen aus und versucht auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse Einfluss zu nehmen. Dabei steht die Schaffung fördernder und unterstützender Bedingungen für die Entwicklung der Persönlichkeit auf der Grundlage eines differenzierten Konzepts sozialer Ungleichheit im Mittelpunkt. Parallel zum Bezug auf die Lebenslagen Jugendlicher zielt Schutz- und Unterstützungspoli-

tik darauf, die mannigfaltigen biographischen Wege der Jugendlichen durch eine gegenwärtig wenig konturierte Jugendphase zu rahmen und zu begleiten.

Dem BJK ist bewusst, dass die eher traditionellen Risiken und Probleme sich durch den Wandel der Jugendphase nicht einfach erledigt haben. Themen wie Sucht und Drogen, seelische und körperliche Misshandlung, Vernachlässigung oder Jugendarbeitsschutz sind im Blick zu behalten. Neue Schwierigkeiten und Situationen einer möglichen Gefährdung sind hinzugekommen. Die Aufmerksamkeit ist jedoch auch auf neue oder sich verschärfende Problemlagen wie Jugendarmut, Gefährdungen durch das Internet, Gewalt, Gesundheit und prekarierte Übergänge zu richten.

Jugendpolitik als Befähigungspolitik nimmt das Interesse von jungen Menschen an umfassender Bildung auf. Dabei geht es eine umfassende Befähigung junger Menschen zur reflexiven und selbstgesteuerten Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Zumutungen der Gesellschaft. Befähigungspolitik setzt sich für Bildung als Bürgerrecht ein und ist darauf ausgerichtet, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten optimal zu fördern und sie darin zu unterstützen, die Kompetenzen für eine aktive und gestaltende Teilhabe am Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu erwerben.

Eine zukunftsfähige demokratische und plurale Gesellschaft benötigt nicht nur gut qualifizierte Arbeitskräfte bzw. unternehmerisch denkende und handelnde Menschen, sondern auch mündige, urteilsfähige und politisch aktive sowie handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger. Jugendpolitik als Befähigungspolitik heißt, sich für die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich einzusetzen und Bildung als umfassende Befähigung, als Faktor sozialer Inklusion und als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe zu begreifen. Jugendpolitik als Teilhabepolitik zielt sowohl auf die Verbesserung der Teilhabe junger Menschen an den Chancen und Möglichkeiten der Gesellschaft als auch auf die Stärkung der Partizipation junger Menschen im Sinne von Mitbestimmung und Selbstorganisation. Im Unterschied zur Jugendpolitik als Befähigungspolitik liegt hier der Fokus stärker (wenn auch nicht ausschließlich) auf den Teilhabe- bzw. Mitbestimmungschancen in der Gegenwart. Die entscheidende Frage lautet: Wo lassen sich Barrieren der Teilhabe und Partizipation junger Menschen identifizieren, wie werden diese gegebenenfalls legitimiert und inwiefern sind diese Einschränkungen vor dem Hintergrund des Strukturwandels von Jugend unter heutigen



gesellschaftlichen Bedingungen obsolet geworden? Altersbezogene rechtliche Teilhabebeschränkungen sind kritisch auf ihre Legitimation und Sinnhaftigkeit unter den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen und der konkreten Ausformung der Jugendphase zu hinterfragen und gegebenenfalls ist deren Veränderung oder Abschaffung einzufordern.

Jugendpolitik als Generationenpolitik rückt die Frage nach den Generationenverhältnissen in ihren Aufmerksamkeitshorizont. Aus dieser Perspektive ist entscheidend, ob junge Menschen in gerechter Weise Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen haben oder ob sie gegenüber den Erwachsenen benachteiligt werden. In erster Linie geht es hierbei um materielle Ressourcen (Geld), allerdings gibt es auch weitere knappe Ressourcen, die intergenerational ungleich verteilt sein können, wie etwa Raum und Zeit. Leitlinie für diese Form der Generationenpolitik ist das Konzept einer „produktiven Gerechtigkeit“. Danach ist es für die jetzt mittlere und ältere Generation rational, einen Teil der zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht selbst zu verbrauchen, sondern in die kommende Generation zu „investieren“, denn eine Umverteilung von Finanzmitteln kann zur Verbesserung des Qualifikationsniveaus der Jugendlichen führen, was zu einer Erhöhung der Produktivität der künftigen Arbeitskräfte beiträgt und die Finanzierung der Renten der dann älteren Generation sicher stellt.

Diese stark zukunftsorientierte ausgerichtete Vorstellung von Generationengerechtigkeit muss um ein Verständnis ergänzt werden, das die Verteilung von Ressourcen zwischen Jung und Alt zu einem gegebenen Zeitpunkt zum Maßstab erhebt (synchrone Generationengerechtigkeit). So kommen dann Ungerechtigkeiten in der intergenerationalen Verteilung von Ressourcen, z. B. das Pro-Kopf-Einkommen, in den Blick. In diesem Sinn trägt Jugendpolitik eine Verantwortung dafür, solche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in Hinblick auf die Teilhabechancen am materiellen Reichtum der Gesellschaft auf ihre Legitimation hin zu befragen und verbesserte Zugänge zu den finanziellen Ressourcen der Gesellschaft einzuklagen. In diesen vier Kernelementen verdichtet sich der Vorschlag

des BJK zu einem konzeptionellen Rahmen einer kohärenten und ressortübergreifenden Jugendpolitik. Sicherlich ist nachvollziehbar, dass nicht jede einzelne konkrete jugendpolitische Maßnahme alle Elemente immer in gleicher Weise enthält. Jedes jugendpolitische Handeln muss jedoch seinen Stellenwert im Gesamtkonzept einer kohärenten jugendpolitischen Strategie erkennen lassen. Zur Reflexion der Reichweite jugendpolitischer Entscheidungen hat das BJK verschiedene Prüfkriterien entwickelt.

Hier exemplarisch einige der Fragestellungen:

- Inwiefern leistet die Maßnahme einen Beitrag zur Verbesserung des Schutzes von Jugendlichen gegenüber Risiken und Gefährdungen in unterschiedlichen Lebens- und Erfahrungsbereichen?
- Wie wird sichergestellt, dass die Maßnahmen und Regelungen zum Schutz vor Gefährdungen und Risiken nicht die Teilhabe- und Partizipationschancen junger Menschen unzumutbar beeinträchtigen?
- In welcher Weise wird durch die befähigende Maßnahme gewährleistet, dass eine umfassende emotionale, soziale und kognitive Förderung der Fähigkeiten und Fertigkeiten junger Menschen und damit eine umfassende Befähigung zur Teilhabe und Gestaltung in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht wird?
- Wie wird garantiert, dass auch junge Menschen mit schlechteren Startchancen von der Maßnahme bzw. dem Programm profitieren und herkunftsbedingte Ungleichheiten und Benachteiligungen abgebaut werden?
- Inwiefern ist die Maßnahme geeignet, die Anspruchsrechte junger Menschen auf sozialstaatliche Leistungen zu verbessern und altersspezifische Diskriminierungen und Hemmnisse abzubauen?
- In welcher Weise trägt das Programm dazu bei, mögliche altersspezifische Benachteiligungen junger Menschen im Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen abzubauen und den Zugang junger Menschen zu den gesellschaftlichen Ressourcen zu verbessern?
- In welcher Weise ist die Maßnahme geeignet, den Prozess der Verselbstständigung Jugendlicher zu unterstützen und einen Beitrag dazu zu leisten, die Grundlagen für eine eigenständige und selbstverantwortliche Lebensführung zu schaffen?

Jugendpolitisches Handeln muss also bestimmte Gütekriterien erfüllen, um dem hier skizzierten Konzept zu entsprechen.

Die Überlegungen des BJK bewegen sich bewusst auf einer konzeptionellen Ebene. Es wird verdeutlicht, dass der Strukturwandel der Jugendphase zu neuen Herausforderungen und Risiken geführt hat, die (jugend)politisch gerahmt werden müssen. Einerseits belegen viele Maßnahmen im Bereich der Familien-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- oder Integrationspolitik diese Handlungsnotwendigkeit andererseits fehlt meist das Bewusstsein dafür, dass es sich hierbei nicht

nur um spezielle Teilpolitiken handelt, sondern immer auch um Bestandteile von Jugendpolitik. Im Zusammenhang mit jugendpolitischen Entscheidungen geht es immer auch um eine kooperative Gestaltung der öffentlichen Verantwortung für die Lebenslage Jugend im Zusammenwirken unterschiedlicher Ressorts und gesellschaftlicher Akteure. Politische Maßnahmen und Initiativen zur Gestaltung der Lebenslage Jugend erfordern ressortübergreifendes und vernetztes Handeln. Zudem gilt es die Jugendlichen und ihre Organisationen in eine Gesamtstrategie konzeptionell kohärenter Jugendpolitik einzubeziehen.

Eine neu positionierte Jugendpolitik, das dürfte unmittelbar einleuchten, benötigt ein deutlich gestärktes Fachministerium und einen engagierten Ausbau der interministeriellen Zusammenarbeit. In strategisch angelegten, akteursübergreifenden Projekten könnte die Ausgestaltung einer solchen Politik erprobt werden. Z. B. ist gerade im Feld der Befähigungspolitik, z. B. in Verbindung mit der Debatte um lokale Bildungslandschaften, deutlich geworden, dass es neue und engere Formen der Kooperation und Vernetzung bedarf, um Bildung und Lernen als einen umfassenden Prozess, der an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Kontexten stattfindet und in der Biographie der Jugendlichen verknüpft wird, zu ermöglichen.

Dem BJK ist sehr bewusst, dass auch in Zukunft jugendpolitische Strategien, Maßnahmen und Programme in einem politischen Institutionensystem umgesetzt werden müssen, das durch unterschiedliche vertikale Ebenen im föderalen System, ressortspezifische Zuständigkeitsabgrenzungen, institutionelle Partikularismen und eine Pluralität von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren geprägt ist. Deshalb muss es gelingen, öffentliche und freie Träger sowie zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen dazu zu bringen, bei der Wahrnehmung jugendpolitischer Aufgaben partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Grundsätzlich ist jedoch davon auszugehen, dass die Verwirklichung eines solchen Politikmodells nicht ohne die Entwicklung eines neuen Verständnisses jugendpolitischen Handelns bei allen beteiligten Akteuren nach dem Muster einer kooperativen Politik und nur bei einer Orientierung am Subsidiaritätsprinzip realisiert werden kann.

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) ist ein von der Bundesregierung eingesetztes Gremium. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Dem BJK gehören bis zu 15 Sachverständige aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft an. Die Mitglieder werden durch die Bundesministerin/den Bundesminister für Familien, Senioren, Frauen und Jugend für die Dauer der laufenden Legislaturperiode berufen. Die 60-seitige Stellungnahme des BJK ist im Internet unter <http://www.bundesjugendkuratorium.de/positionen.html> abrufbar und kann in Broschürenform über die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik des Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI) kostenfrei angefordert werden (E-Mail: bundesjugendkuratorium@dji.de).
Klaus Waldmann



ENGAGIERTE

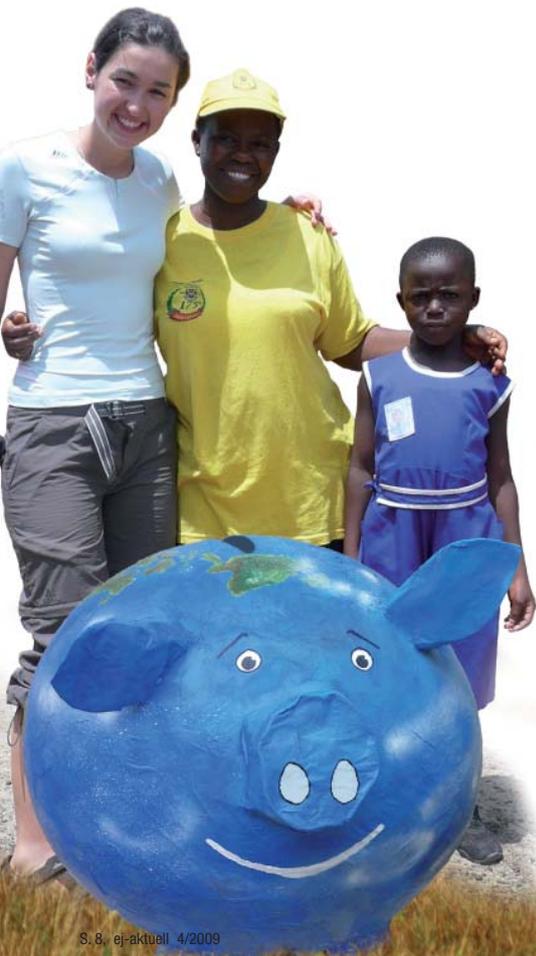
Evangelische Jugend
- mitten im Leben -

Voll gut - mach mit ...

die Spendenaktion „Voll gut - mach mit“ wurde beim großen Dankeschönfest mit etwa 200 Besucherinnen und Besuchern am 07.11.09 im Martin-Butzer-Haus, Bad Dürkheim beendet.

Die Sammelaktion galt einem Aidsprojekt in Südafrika (AFSA), das von Brot für die Welt unterstützt wird. Mittels selbsthergestellter Sparschweine und vieler guter Projektideen wurde die Spendenaktion durch ca. 100 Veranstaltungen im Bereich unserer Landeskirche begleitet. Dabei waren etwa 200 Ehrenamtliche aktiv, die über 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mobilisieren konnten. Neben der Vermittlung von vielen Fakten über das Thema Aids und die resultierende Situation in Südafrika wurde das phantastische Sammelergebnis von 20.000 € erzielt. Brot für die Welt bedankte sich und lobte die Initiative. Alt-Kirchenpräsident Cherdron war trotz seines Geburtstags vor Ort und zeigte bei der Schweinchenausstellung auch sein gebasteltes Exemplar. Zum Abschluss des Abends gab es ein großes Dankeschön, ein afrikanisches Essen und ein Hautnahkonzert mit „Eva and friends“ aus Zweibrücken.

Damit die Spendenaktion in die bildungspolitische Arbeit der ev. Jugend einfließt, wird diese in eine ökumenische Lernreise überführt und geht damit in eine zweite Phase. Die neun Teilnehmenden werden vom 15.09. bis 01.10.2010 vor Ort in Südafrika, Kwazulu/ Natal die AFSA-Projekte besichtigen, mit den Verantwortlichen ins Gespräch kommen. Im Anschluss an die Reise werden die Teilnehmenden als „Botschafter/-innen“ die Situation der Kinder in Kwazulu Natal in Deutschland verdeutlichen, um auch andere zu veränderndem Handeln zu ermutigen. So wird nicht nur auf die Situation in Südafrika aufmerksam gemacht, sondern für Anschlussprojekte geworben, damit die Hilfe und Unterstützung langfristig gewährt werden kann.



Vorbereitungskreis „Voll gut - mach mit!“

Ehrenamtliche MitarbeiterInnen der Evangelischen Jugend im Dekanat Speyer haben sich im Rahmen der MitarbeiterInnen-Schulung und in einer Projektgruppe mit der Thematik des Klimawandels beschäftigt.

Für den SchülerInnen-Wettbewerb des 7. Ökumenischen Pfälzer Forums „Im Klimawandel globale Gerechtigkeit“ haben sie eine Straßen(theater-)aktion entwickelt, bei dem sie auf die Erdkugel einschlagen und anschließend ein Streitgespräch über die Verursacher des Klimawandels führen. Außerdem wurden Postkarten „keep it cool“ mit Klimatipps entwickelt und verteilt. Für dieses Engagement wurde die EJ-Speyer mit einem ersten Preis ausgezeichnet.

Heidrun Perron

„Würden Sie bitte meine Heimat retten?“

Warst du (waren Sie) schon einmal ein Pinguin? Nein?“

Also wir wissen jetzt, wie sich ein Pinguin fühlen muss, wenn er merkt, dass seine Heimat immer kleiner wird und niemand sie retten will.



Als Jugendliche im Pinguinkostüm verteilten wir Eiswürfel mit den Worten „Das ist meine Heimat, könnten Sie bitte darauf aufpassen?“

Zuvor hatten wir uns intensiv mit der Problematik des Klimawandels auseinandergesetzt, auch mit den Aspekten der internationalen Verknüpfung und der möglichen Verstärkung der weltweiten Ungerechtigkeit.

Zum Ökumenischen Pfälzer Forum „Im Klimawandel globale Gerechtigkeit“ im September haben wir einen Umzug mit einer Straßentheaterszene „Klima sucht Schutz“ entwickelt. Hier improvisierten wir einen Streit über die Verantwortlichkeit an der Klimakatastrophe und machten auf das Klimaproblem aufmerksam. Damit wollten wir Menschen informieren und zum Aktiv-werden aufrufen.



Die Reaktionen der Passanten waren sehr unterschiedlich, einige schmunzelten über uns, andere wollten sich von uns nicht ansprechen lassen und auch keine Postkarte mit Klimatipps annehmen. Und doch waren wir überrascht, wie viel

positive Rückmeldung wir von den Menschen bekamen, wie viele uns sagten, dass sie es gut finden, was wir tun und selbst versprochen, aktiv zu werden.

Ich selbst hatte nicht erwartet, dass wir mit unserer Gruppe der Evangelischen Jugend Speyer soviel Aufsehen erregen würden, und dass die Menschen uns bei der zweiten Aktion sogar wiedererkennen würden.

Zum Klimatag am 05. Dezember traten wir noch einmal in Aktion:



Hier war unsere Absicht, viele Menschen zu finden, die bereit waren, Postkarten der „Countdown to Kopenhagen – Für ein Klima der Gerechtigkeit“ - Aktion auszufüllen, die dann an die Bundesregierung geschickt werden, um das Interesse der Menschen an einem zufriedenstellenden Ergebnis der Klimakonferenz zum Ausdruck zu bringen.

Auch hier haben sich sehr viele Passanten interessiert gezeigt, es wurde diskutiert und einmal stand sogar eine Horde Nikoläuse, die vom Weihnachtsmarkt kam, um unseren großen Erdball herum.



Ich glaube, uns allen hat das sehr viel Spaß gemacht, und wir können nur empfehlen, selbst auch aktiv zu werden.

Lisa Sofsky



Evangelische Jugend
– mitten im Leben –

Macht Armut Fassbar

Das Mitarbeiter/-innen Forum 2009. Es war ein richtig gutes MAF, weil der Samstag Abend und der Gottesdienst super waren, weil wir lebendig, himmlisch, frei sind, weil das Thema interessant war, die Workshops gut waren und weil der Abschluss der Aktion: „Voll gut – mach mit“ schön war, so einige Anmerkungen der Teilnehmenden des MAF's 2009 bei der Auswertung

Drei Tage MAF – vom 6. bis 8. November 2009 im Martin Butzer Haus – brachten fast 90 Ehrenamtliche und Hauptamtliche zusammen, um gemeinsam an einem Thema zu arbeiten.

Der Sprecher/-innenkreis der Evangelischen Jugend der Pfalz entschied sich im Jahr 2009 das Thema Armut in der Einen Welt anzupacken – es (er)fassbar zu machen. Ganz bewusst wurde das Armutsthema Deutschland betreffend, ausgeklammert und aufgehoben. Es ist ganz schwierig beide Themen zu vermischen, denn schnell neigt man zum Vergleichen – und das wird keinem Menschen, der von Armut betroffen ist gerecht, nicht in Deutschland und nicht irgendwo sonst in der Welt.

Unterstützung erfuhr das MAF durch „Brot für die Welt“, Anke Schütze, Jugendreferentin von Brot für die Welt und Ernst Herold mitsamt „Brot Mobil“ waren am Wochenende zu Gast und bereicherten die Versammlung mit ihrer hohen Fachkompetenz. Die Teilnehmenden des MAF's 2009 wurden von Simon Rummer und Paul A. Schmid begrüßt, Steffen Jung feierte

einen herausragenden Gottesdienst, bevor sich die Anwesenden durch den Jahresbericht des Sprecher/-innenkreises arbeiteten.

Am Samstag wurde in den Workshops:

- Erfahrungen aus dem Ökumenischen Freiwilligenprogramm in Südafrika
- Möglichkeiten des „Brot-Mobils“ entdecken
- Besser – anders – weniger: Nachhaltig handeln – auch bei uns
- Schuldenlabyrinth

gearbeitet, beraten, gebildet. Viele neue Erfahrungen wurden gemacht, viele blinde Wissensflecken aufgeheilt und Zusammenhänge erläutert, die verständlich machen, dass unser Konsumverhalten mit Armut in anderen Teilen der Welt korrespondiert. Die Ergebnisse der Workshops flossen in eine Resolution, die am Sonntag morgen beschlossen wurde. Nach der redaktionellen Bearbeitung wird diese veröffentlicht.

Das MAF – Wochenende hat gezeigt, dass die Evangelische Jugend der Pfalz ein großes Interesse am Eine-Welt-Thema hat und bereit ist sich dafür zu engagieren.
Volker Steinberg





Ubuholo

Projekt erhält Brückenpreis 2009 des Landes Rheinland-Pfalz.

Weitere Informationen über dieses Projekt und dessen Entwicklung befinden sich auf der Website der Gruppe:
www.ubuhlobo.org

Um das Projekt erfolgreich zu beenden, ist weitere Hilfe notwendig und deshalb bitten wir um Unterstützung.

Spendenkonto:
 Landesjugendpfarramt
 (Rolf Meder - Hausbau Miriam)
 Sparkasse Kaiserslautern
 Konto 111948
 Bankleitzahl 54050110.

Eine Spendenquittung kann, bei Angabe der vollständigen Adresse, erstellt werden.

In einer Feierstunde am 04.12.2009 in den Räumen der Staatskanzlei erhielten die Mitglieder des Ubuholo – Projektes aus der Südpfalz aus den Händen von Ministerpräsident Kurt Beck den Brückenpreis des Landes, der in diesem Jahr zum zweiten Mal vergeben wurde. In fünf Kategorien wird dieser Preis vergeben, der ehrenamtliches Engagement von Bürgern des Landes honorieren soll. Das Ubuholo – Projekt Landesjugendpfarramt Kaiserslautern, unter der Leitung von Rolf Meder, wurde in der Kategorie „Bürgerschaftliches Engagement in grenzüberschreitender Zusammenarbeit“ für sein Engagement in Armensiedlungen in Südafrika ausgezeichnet. In seiner Laudatio hob Ministerpräsident den vorbildlichen Charakter der Arbeit der Jugendlichen hervor, die mit ihrer Arbeit zur Überwindung von kulturellen, ethnischen und sozialen Schranken beitragen und Brücken bauen zwischen den unterschiedlichen Welten.

Für die teilnehmenden Jugendlichen war es ein unvergesslicher Abend, vor allem, weil dadurch ihre ehrenamtliche Arbeit

in den Townships von Port Elizabeth höchste Anerkennung fand. Derzeit arbeitet die Gruppe an einem neuen Projekt im Walmer Township in Port Elizabeth: „Wir bauen ein Haus für Miriam“, wo ein Haus für eine Frau entstehen soll, die in unverschuldete Not geraten ist.

Rolf Meder (Projektleiter)



Das Baugerüst 4/09

„Feuer, Wasser, Erde, Luft“

Die vier Elemente in ihrer symbolischen und religiösen Bedeutung ist Thema der neuen Ausgabe der Zeitschrift das baugerüst. Die vier Elemente als Grundprinzip allen Lebens, die unsere Welt strukturieren: Die Erde von der wir genommen und zu der wir werden, das Wasser in seinem ewigen Kreislauf, die Luft, die wir atmen, damit wir leben und das Feuer, dieser Wandlungsprozess, der mit einem kleinen Funken beginnt.

Die Psychotherapeutin Ingrid Riedel reflektiert die symbolische und psychologische Bedeutung der Grundelemente und die vier Beiträge von Karin Anderten, Heidemarie Langer, Elisabeth Moltmann-Wendel und Edith Krug erläutern den persönlichen und religiösen Hintergrund.

Aber wie geht der Mensch mit diesen Lebenselementen um? Und: Feuer, Wasser, Erde, Luft sind nicht nur lebensdienlich,

sondern haben auch Bedrohliches an sich, das in ergänzenden Beiträgen zur Sprache kommt.

Frederek Musall, Professor für jüdische Philosophie betrachtet die Elemente in den verschiedenen Religionen und im Forum finden sich Vorschläge, wie die vier Elemente in Gottesdiensten und Bildungsarbeit Eingang finden können.

Das 100-seitige Heft kann zum Preis von € 5,00 zuzügl. Versandkosten bei der Redaktion „das baugerüst“, Postfach 45 01 31, 90212 Nürnberg,
 Tel.: 0911 43 04 278/-279; Fax: 0911 43 04 205;
 E-Mail: baugeruest@ejb.de;
www.baugeruest.ejb.de bestellt werden.



NACHGEDACHT

Positionspapier des Vorstandes der Ev. Jugendvertretung Obermoschel zur Diskussion um den Kompetenzcheck

Die Diskussion um die Einführung eines Kompetenzchecks als Möglichkeit zum Trainieren und Bewusst machen wichtiger Kompetenzen, sowie als Verfahren zum Nachweis eben dieser, erhitzt zur Zeit die Gemüter. Völlig zu Recht, wie wir als Vorstand der Ev. Jugendvertretung Obermoschel finden. Deshalb entstand dieses Positionspapier, allerdings nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern auf Basis von Erfahrungswerten von Menschen, die diese Diskussion unmittelbar betrifft: uns Ehrenamtliche

Zwei Punkte tauchen in der Diskussion um einen Kompetenznachweis oder Kompetenzcheck immer wieder auf:

Ehrenamtlichen Mitarbeitern der Ev. Jugend dürfen für ihr späteres Berufsleben keine Chancen genommen werden, die im Jugendverband geprägten Kompetenzen müssen, in welcher Form auch immer, sichtbar gemacht werden. Aber gleichzeitig bleibt die Ev. Jugend ein Jugendverband, der sich deutlich und bewusst weigert, Tendenzen, auch wenn diese gesellschaftlich akzeptiert werden, zu folgen, sofern diese dem Selbstverständnis Ev. Jugend zuwider laufen.

Das grundlegend wichtigste Charakteristikum der Ev. Jugend ist das Prinzip der Freiwilligkeit. Wie wir aus unserer Erfahrung bestätigen können, bietet gerade die Option des zwanglosen Ausprobierens die umfassendsten Möglichkeiten für Ehren-

amtliche, Neues zu entdecken und zu erproben. Es wird ja auch immer wieder, völlig zu Recht, betont, das Ev. Jugend gerade als informeller Bildungsträger eine tragende Rolle innerhalb unserer Gesellschaft einnimmt, die Schulen nicht zu erfüllen in der Lage sind.

Durch die Vielseitigkeit der Arbeit, die Ev. Jugend leistet und die innerhalb Ev. Jugend geleistet wird, ist auch gesichert, dass jeder seine mitgebrachten Fähigkeiten je nach Interessenslage erproben und ausbauen kann. Dieses Lernen bietet die wohl umfangreichsten Möglichkeiten, da es informeller Natur ist und selbstbestimmt verläuft. Wir sind somit wohl noch mehr als nur weit davon entfernt, dem um sich greifenden Prinzip des Neoliberalismus und dem damit verbundenen Leistungszwang, Einlass in unseren Jugendverband zu gewähren.

Kompetenzen können nach unserem Verständnis also weder erlernt oder antrainiert werden, noch kann man sie als solche beschreiben. Genau dies legt der Begriff eines Kompetenzchecks oder Kompetenztrainings allerdings nahe. Kompetenzen müssen aus der Arbeit heraus entstehen, dies impliziert aber natürlich auch die Gefahr des Scheiterns, dass etwas nicht beim ersten Versuch klappt oder dass man sich vor eine Aufgabe gestellt sieht, die man sich nicht unbedingt zu bewältigen zugestimmt hätte.

Diese Herausforderungen sind von essentieller Bedeutung für den oben beschriebenen Lernprozess, doch werden sie durch einen standardisierten Kompetenzcheck, zumindest in Teilen, entkräftet. Ob man den Kompetenzcheck nun als Instrument zum Ausbauen von Kompetenzen begreift oder nur als Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung ist an dieser Stelle egal, der Effekt wäre ein ähnlicher und in beiden Fällen nachteilig für die Qualität der Lernmöglichkeiten, die Ev. Jugend bietet. Ev. Jugend bildet nämlich auch ohne Kompetenzcheck das Selbstbewusstsein Jugendlicher.

Engagiert sich ein Jugendlicher langfristig bei der Ev. Jugend, so tut er dies aus eigenem Interesse. Hierbei erweitert er in einem selbstbestimmten und informellen Lernprozess, seinen Interessen entsprechend, seine bereits vorhandenen Fähigkeiten. Dieser Gewinn wirkt sich zwangsläufig auch auf sein Leben außerhalb des Jugendverbandes aus. Dies geschieht natürlich nicht vom Jugendlichen unbemerkt. Deshalb leistet das Engagement im Jugendverband selbst einen umfassenden Beitrag zum Erlangen von Selbstbewusstsein über seine persönlichen Stärken. Ob ein Kompetenzcheck in Seminarform dies mit vergleichbarem Ergebnis leisten kann, sei dahingestellt, wichtig ist jedoch, und hier setzt unsere Kritik an, dass ein Kompetenzcheck mit eben diesem Ziel angeboten wird. Ev. Jugend würde sich also, also logische Folge, zum Ziel setzen, einen bestimmten, vordefinierten Lernprozess und bestimmte, im Voraus festgelegte, Kompetenzen seinen Mitarbeitern bewusst zu machen. Dies ist nicht nur überflüssig, da Jugendverbandsarbeit Kompetenzen nicht nur erweitert und dem Jugendlichen auch automatisch bewusst macht, es schränkt

auch noch das Prinzip der Freiwilligkeit ein. Wir sehen darin zwar keine direkte Manifestation des Neoliberalismus wie Hauptert und Schenk, allerdings eine durchaus bedenkliche Tendenz hin zu mehr Effektivität zu Lasten der Kreativität.

Trotzdem wollen wir als Ehrenamtliche den Kompetenzgewinn z.B. einem Arbeitgeber gegenüber sichtbar machen können. Hierfür eignet sich, wie im Vorschlag der Projektgruppe Ehrenamt „Kompetenznachweise in der Evangelischen Jugend der Pfalz“ ausführlich dargelegt, die persönliche Referenz am besten.

Wie in der Ordnung der Evangelischen Jugend der Pfalz in Artikel 4 festgehalten, leistet Evangelische Kinder- und Jugendarbeit „ganzheitliche, am Menschen orientierte Bildungsarbeit“. Und genauso müssen Ehrenamtliche auch wahrgenommen werden: Als ganzheitliche, in eine Gemeinschaft involvierte Menschen. Dies angemessen darzustellen eignet sich nur die persönliche Referenz, sofern Hauptamtliche seriös mit diesem Medium umgehen. Eine standardisierte Darstellung von Kompetenzen kann kein umfassendes, uns gerecht werdendes Bild unserer Fähigkeiten sowie unserer Persönlichkeit vermitteln, ohne eine Bewertung vornehmen zu müssen, was wiederum dem Selbstverständnis unserer Arbeit zuwider laufen würde.

Da die persönliche Referenz bereits existiert und angewendet wird und eine sehr kompetente Möglichkeit bietet unsere Fähigkeiten individuell einem Dritten gegenüber darzustellen, sehen wir in einem Kompetenzcheck mehr Schaden als Nutzen für die Ev. Jugend als Jugendverband, aber auch für das Verständnis, mit dem Jugendliche ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit begegnen.

Evangelische Jugendvertretung, Obermoschel

1 „Im neoliberalen (globalisierten) Kapitalismus bietet sich nun ein neues Bild der Jugend(verbands)arbeit, die nunmehr ihre pädagogische Deutungshoheit weitestgehend an die ökonomische Welt abgegeben hat und sich letzterer bedingungs- und schonungslos unterordnet.“
HAUPERT, Bernhard und SCHENK, Ingo: Der „KOMPETENZCHECK“ und der „KOMpetenzPASS“ im pädagogischen Kompetenzcheck. In: ej-aktuell 2/2009, S.17 f.

2 „Die Handreichung Kompetenz-Check trägt dazu bei, dass Jugendliche Selbstvergewisserung und Selbstbewusstsein über ihre persönlichen Stärken erlangen, dies ist ein Beitrag zur gelingenden Persönlichkeitsentwicklung.“
STEINBERG, Volker: In der Diskussion: der KOMPETENZCHECK. In: ej-aktuell 3/2009, S.4



Solidaritätsbekundung der Evangelischen Jugend der Pfalz zum Bildungstreik. Die Evangelische Jugend der Pfalz erklärt sich solidarisch mit den streikenden Schülerinnen und Schülern und den Studierenden an den europäischen Schulen und Hochschulen.

Im Rahmen einer internationalen Aktionswoche „Education is not for sale“ haben an europäischen Schulen und Universitäten zahlreiche Schülerinnen und Schüler und Studierende mit Demonstrationen, Besetzungen, Diskussionsveranstaltungen und oft originellen Aktionen auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht.

Sie kritisieren die Bologna-Reform, die allgemeine Tendenz zur Ökonomisierung der Hochschulen, undemokratische Strukturen, die Untervertretung der Frauen bei Professuren und Leitungsfunktionen, die soziale Selektivität (Studiengebühren u.a.) sowie die oft schlechten Studien- und Arbeitsbedingungen. Bisher haben Hochschulverantwortliche und bildungspolitische Behörden – wenn überhaupt mit Rhetorik und ausweichenden Stellungnahmen auf diese Proteste reagiert.

Aufgrund unserer Erfahrungen in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen sind wir überzeugt, dass die von den Studierenden aufgeworfenen Fragen von grosser Bedeutung für die Zukunft der Bildung insgesamt sind. Wir wissen zudem, dass auch unter den Forschenden und Dozierenden viel Unmut und Kritik an den gegenwärtigen Entwicklungen im Hochschulbereich verbreitet ist. Der mit der Verschulung des Studiums gestiegene Betreuungs-/Kontrollaufwand, die mit der forcierten Drittmittellorientierung verbundene Gefahr des Verlusts an kritisch-unabhängiger Forschung oder die in Managerdiskurse gehüllte Bürokratisierung der organisatorischen Strukturen der Hochschulen führen zu einer schleichenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Lehr- und Forschungspersonals. Wie die protestierenden Studierenden setzen wir uns dafür ein, dass die Hochschulen nicht auf

die doppelte Funktion zugeschnitten werden, einerseits mit wenig Aufwand eine grosse Zahl von „arbeitsmarktbefähigten“ Subjekten sowie darüber hinaus eine schmale Elite der „Exzellenz“ zu produzieren. Wir schliessen diese Erklärung mit einem dreifachen Aufruf:

1. An die Hochschulverantwortlichen und die bildungspolitischen Behörden richten wir die Aufforderung, die studentischen Proteste ernst zu nehmen und die Bedingungen für eine breite öffentliche Diskussion zu schaffen, in der die an den Hochschulen studierenden und arbeitenden Menschen in angemessener Weise zu Wort kommen. Wir fordern eine Demokratisierung von Schulen und Hochschulen.

2. An die Bildungspolitikerinnen und -politiker richten wir die Forderung, nicht nur auf Studiengebühren zu verzichten, sondern eine angemessene Ausstattung von Schulen und Hochschulen zu gewährleisten. Die Hochschulreform muss überarbeitet werden, um ein selbstbestimmtes Studium zu ermöglichen. Die Studienbedingungen sollen mehrdimensionales Lernen auch im Bereich ehrenamtlichen Engagements ermöglichen.

3. An die protestierenden Studierenden richten wir die Ermunterung, sich durch ignorante oder arrogante Reaktionen nicht entmutigen zu lassen. Wir ermutigen sie zum Austausch mit anderen Bildungsanbietern und bitten sie bei ihren Diskussionen und Forderungen auch an die Menschen zu denken, die keinen Zugang zu Hochschulbildung haben.

Für die Evangelische Landesjugendvertretung, Steffen Jung



FREIWILLIGE

Neues Projekt im
Landesjugendpfarramt

Freiwillige aller Generationen werden beraten, begleitet, unterstützt. Patenschaftsprojekte für Jung und Alt, Lernpatenprojekte, Hausaufgabenhilfe, Unterstützung in Kindergärten, Schulen und Altenheimen, Besuchsdienste, Ideen für neue bürgerschaftliche Netzwerke.

Näheres gibt's auch auf der Homepage www.freiwilligendienste-aller-generationen.de oder Email: info@fdag-rlp.de
Information: Heike Baier, Telefon 0631/3642004 und Lothar Hoffmann, Telefon 0631/3642002

All dies und mehr ist mit dem neuen Programm Freiwilligendienste aller Generationen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend umsetzbar.

Freiwilligendienste aller Generationen bieten mit einem Engagementumfang von mindestens 8 Stunden wöchentlich für mindestens 6 Monate vielen Menschen die Möglichkeit, ihre Ideen und Projekte in einem klaren Rahmen gemeinsam mit Einsatzstellen und Trägern umzusetzen. Besonders die klaren strukturellen Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement, wie verbindliche schriftliche Vereinbarung, Qualifizierungsanspruch und Begleitung in dem Einsatz, Versicherungsschutz und Auslagenerstattung machen das Programm attraktiv.

Die Freiwilligendienste aller Generationen werden in Rheinland-Pfalz federführend vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen begleitet. Umgesetzt wird das Programm durch das Mobile Team, bestehend aus Heike Baier und Lothar Hoffmann, die ja schon vorher als Referentin/Referent im Landesjugendpfarramt tätig waren.

Die beiden Schwerpunkte der Arbeit des Mobile Teams liegen in:

- Beratung und Begleitung von Kommunen und Trägern bei der Einführung von Freiwilligendiensten. Dazu wurde ein Leitfaden mit Bausteinen wie Konzeptentwicklung, Projektmanagement oder Selbstevaluation erstellt. Bei Bedarf erhalten die Einrichtungen eine Prozessbegleitung.

- Verantwortliche und Mitarbeitende der beteiligten Kommunen und Trägern werden zu Koordinatorinnen und Koordinatoren qualifiziert. Sie haben dann die Aufgabe, Mitarbeitende in den Freiwilligendiensten zu beraten, sie in die Arbeit einzuführen, die Qualifizierung für Freiwillige durchzuführen und eine kontinuierliche Begleitung sicher zu stellen. Die Qualifizierung sensibilisiert für einen partnerschaftlichen Umgang mit Ehrenamtlichen und für eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung.

Chance für die Jugendarbeit

Für die Evangelische Jugend der Pfalz bietet sich hier einerseits die Chance, die gut aufgestellte ehrenamtlich organisierte Jugendarbeit an bestimmten Stellen generationsübergreifend in interessanten Projekten zu vernetzen und andererseits von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Die eigenen Jugendprojekte können durch die Freiwilligendienste unterstützt und professionell begleitet werden.



Inzwischen gibt es Informationsmaterial über die Freiwilligendienste. Es kann im Landesjugendpfarramt Kaiserslautern angefordert werden.

Lothar Hoffmann



FRAGLICH

Eine
Problemanzeige

Kindersoldaten in Deutschland?

Zum Weiterlesen:

Hendrik Cremer, Minderjährige an die Waffe? Deutschland und das Problem der Kindersoldaten (<http://www.eak-online.de/fix/files/600/docs/DeutschlandundKindersoldatenH-Cremer20090218.pdf>)

<http://www.eak-online.de/fix/files/600/docs/DeutschlandundKindersoldatenH-Cremer20090218.pdf>

Tatort Germersheim: Mit einer Veranstaltung, die sich ausdrücklich an Girls ab 14 Jahren richtet, lädt das Luftwaffen-ausbildungsregiment der Bundeswehr zum Girls' Day ein. Zu den Programm-Highlights gehört die Besichtigung einer Stube mit Waffenschau, an die sich verschiedenen Aktivitäten „im Gelände“ anschließen: Das Überwinden einer Hindernisbahn ist ebenso vorgesehen wie ein Freiluft-Mittagessen und die Trainingseinheit „Tarnen und täuschen im Gelände“. Als Zugabe gibt es die passenden Laufbahn-Tipps beim Informationsmobil der Wehrdienstberatung mit Tombola. – Auch die Zweibrücker Niederauerbach-Kaserne wird regelmäßig zum Übungsgelände für Kindersoldaten auf Zeit. Dort geben Schnuppertage während der Schulferien motivierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Gelegenheit, sich dem Berufsbild Soldat(in) anzunähern. Wo immer Absolventen solcher Veranstaltungen in den Medien zu Wort kommen, wird deutlich, dass Wehrsport und Militärtechnik gerade auf Heranwachsende eine besondere, vielfach problematische Faszination ausüben.

Deutsche Menschenrechtspolitik: Den Einsatz von Kindersoldaten ächten ...

Im Mai 2000 ergänzte die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Kinderrechtskonvention von 1989 um ein Zusatzprotokoll zur Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten. In Deutschland trat dieses Protokoll zum 13.1.2005 in Kraft. Während Staaten wie Dänemark, Finnland oder die Schweiz die Ratifizierung des Protokolls zum Anlass nahmen, das Mindestalter für die Heranziehung zum Militärdienst auf 18 Jahre anzuheben, hält Deutschland an der Option fest, künftige Wehrpflichtige auf deren Wunsch bereits mit 16/17 Jahren zu mustern. Der Dienst bei der Bundeswehr steht dann 17jährigen Jugendlichen offen – vorausgesetzt die Erziehungsberechtigten stimmen zu. Dies war 2005 1229 mal und 2006 923 mal der Fall. Ungeachtet dessen stellt die deutsche Regierung 2007 ihrem Bericht an den UN-Kinder-

rechtsausschuss die Erklärung voran: „Der Kampf gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten ist ein wichtiges Anliegen innerhalb der internationalen Menschenrechtspolitik der Bundesregierung.“ Mit dem Hinweis, dass minderjährige deutsche Soldaten nicht zu Kampfeinsätzen herangezogen werden, sieht man den Buchstaben des Zusatzprotokolls erfüllt – auch wenn dies nach Ansicht von Kritikern dem Geist des Abkommens widerspricht. Der UN-Kinderrechtsausschuss jedenfalls betont, dass die große Mehrheit der Unterzeichnerstaaten die freiwillige Heranziehung von Minderjährigen nicht erlaubt. Er ermutigt Deutschland, das Mindestalter für die Einberufung zum Militär auf 18 Jahre heraufzusetzen, damit das Bemühen um weltweit höhere Rechtsstandards beim Schutz von Kindern vorangebracht wird.

...aber bitte nur im Ausland?

Auch der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung spricht sich dafür aus, den Einsatz von Kindersoldaten zu ächten und international zu verbieten. Allerdings gibt es in Deutschland selbst derzeit keine Anzeichen dafür, dass die schwarz-gelben Regierungspartner der Anwerbung und Ausbildung minderjähriger Soldaten kritischer gegenüberstehen als ihre schwarz-roten Vorgänger.

Es ist zu befürchten, dass im Zuge von Schulzeitverkürzung und Arbeitsmarktproblemen die Rekrutierung Minderjähriger in Deutschland eher zu- als abnehmen wird. Hinzu kommen Werbemaßnahmen der Bundeswehr, die gezielt an das Interesse Jugendlicher für Technik, Abenteuer und sportliche Herausforderungen anknüpfen. Hier wachsam zu sein und die sich stellenden ethischen Fragen bewusst zu machen, bleibt eine wichtige Aufgabe für die kirchliche Jugend- und Bildungsarbeit.

Friedhelm Schneider
(Pfarrer Friedhelm Schneider leitet die Arbeitsstelle Frieden und Umwelt unserer Landeskirche in Speyer)

Wehrpflichtverkürzung: Nur noch sechs Monate Zivildienst – ein Drama? „Die Koalitionspartner halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.“

So steht es im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Während die angekündigte Wehrpflichtverkürzung bei der Bundeswehr durchweg gelassen aufgenommen wird, überbieten sich einige Wohlfahrtsverbände in aufgeregten Alarm- und Protestrufen. Kurzzeit-Zivis würden sich für die Träger von Sozialeinrichtungen nicht mehr lohnen, so lautet der am häufigsten zu hörende Einwand, in nur sechs Monaten ließen sich Zivis nicht mehr sinnvoll einsetzen...

In einer aktuellen Stellungnahme begrüßt der Zivildienstbeauftragte der Evangelischen Kirche der Pfalz die geplante Zivildienstverkürzung und weist darauf hin, dass der Zivildienst mehr sei als nur ein betriebswirtschaftlicher Einsparfaktor. Wir dokumentieren Pfarrer Friedhelm Schneiders Erklärung im Wortlaut:

Zur Diskussion um die Verkürzung des Zivildienstes auf 6 Monate

1. Die geplante Verkürzung des Zivildienstes auf 6 Monate ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Sie trägt einer Wehrpflichtentwicklung Rechnung, die sich auf nationaler wie internationaler Ebene seit längerer Zeit vollzieht. Der außenpolitischen Feststellung, dass nur noch 8 von 27 EU-Mitgliedstaaten auf die Wehrpflicht zurückgreifen, entspricht die innenpolitische Beobachtung, dass sich die überwiegende Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parteien für die Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht ausspricht. Die Ausgestaltung der Wehrpflicht in den zurückliegenden Jahrzehnten geht im Bereich des Zivildienstes seit 1984 mit einer ständigen Reduzierung der Dienstdauer einher (von 20 auf derzeit 9 Monate).

2. Offensichtlich kann die neue Bundesregierung sich wie ihre Vorgängerkoalition nicht auf eine anzustrebende Politik verständigen, die konsequent die Weichen für die Abschaffung der Wehrpflicht stellt. In dieser Situation ist aus Sicht der betroffenen jungen Männer eine Dienstzeitverkürzung zu begrüßen, die für sie die Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensplanung erweitert. Allerdings lässt hier der schwarzgelbe Koalitionsvertrag zahlreiche Fragen offen:

Rheinland-Pfälzer Abiturienten, die im Frühjahr ihre Schulzeit beenden, wird es künftig möglich sein, ihren 6-monatigen Wehr- oder Zivildienst rechtzeitig vor Beginn des Wintersemesters abzuleisten. Demgegenüber wird sich bundesweit für alle Schulabgänger, die ihre Schullaufbahn im Sommer beenden, die Wartezeit auf den Studien- oder Ausbildungsbeginn erhöhen. Der Zeitgewinn, den das 8-jährige Gymnasium mit sich bringt, wird zunichte gemacht durch wehrpflichtbedingte



Warte- und Leerzeiten, die zudem Probleme der sozialen Absicherung aufwerfen. Hier sind dringend Regelungen zu erweitern, die eine flexible Ableistung des Zivildienstes in mehreren Abschnitten ermöglichen.

Erst im Sommer 2009 wurde das 3. Zivildienstgesetzänderungsgesetz verabschiedet, das die Ausgestaltung des Zivildienstes als Lerndienst festschreibt. Ob und wie das dort festgelegte Reflexions- und Begleitkonzept für Zivildienstleistende auf eine 6-monatige Dienstdauer übertragen werden kann, bleibt im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung völlig außer Acht.

3. Ungeachtet dessen kann festgestellt werden:

Auch in 6 Monaten lässt sich ein Zivildienst gestalten, der Eigenschaften eines Lerndienstes aufweist, jungen Männern eine sinnvolle Begegnung mit sozialer Arbeit ermöglicht und durch konstruktives Engagement ihre als Kriegsdienstverweigerer getroffene Entscheidung vertieft.

Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Leitbildes ist allerdings, dass der Zivildienst nicht vorrangig als betriebswirtschaftlicher Einsparfaktor begriffen wird – wie es die Proteste einzelner Wohlfahrtsverbände gegen die Dienstzeitverkürzung nahe legen. In staatlicher Verantwortung liegt es, die Rahmenbedingungen des Zivildienstes so zu gestalten, dass sie mit den Arbeitsabläufen in den Zivildienststellen vereinbar bleiben. Insgesamt gilt es weiterhin, den Zivildienst als Chance der sozialen Sensibilisierung ernst zu nehmen, von der nicht zuletzt positive Impulse für das Bild der Dienststellen in der Öffentlichkeit und die Nachwuchsgewinnung sozialer Berufe ausgehen können.

Speyer, den 7.11.2009

Pfarrer Friedhelm Schneider, Leiter der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz

Die ZAT hebt die Wichtigkeit der Konfirmandenarbeit für den Aufbau einer jugendfreundlichen Kirchengemeinde hervor

Anlässlich des Erscheinens der Studie zur Konfirmandenarbeit im März 2009 hat sich die diesjährige Zentrale Arbeitstagung vom 6. bis 7.10.2009 mit dem Thema „Konfirmandenarbeit“ beschäftigt



Die „Bundesweite Studie zur Konfirmandenarbeit“ und der „Auswertungsbericht für die Evangelische Kirche der Pfalz“ wurde von der landeskirchlichen Beauftragten für Konfirmandenarbeit, Rita Kurtzweil, vorgestellt. Eine Diskussion ausgewählter Themenschwerpunkte wie Freundschaft/ Gemeinschaft, Gottesdienst, Jugendarbeit, Kirchengemeinde, Bezug zu Mitarbeitenden schloss sich an. Diese Diskussion führte zu sechs Forderungen, die es weiterhin zu bedenken oder umzusetzen gilt:

1. Die Lebenswirklichkeit Jugendlicher soll verstärkt in den Blick genommen werden.

Der Rückblick auf unsere eigene Konfirmandenzeit zeigte, dass sich innerhalb der letzten Jahrzehnte sehr viel verändert hat: die Gestaltung des Konfirmandenunterrichts hin zu KonfirmandInnenarbeit, das pädagogische Arbeiten in den Gruppen, die Form des Konfirmationsgottesdienstes und der Familienfeier, das Verhalten und Auftreten der Jugendlichen, ihr Umgang mit Medien und vieles andere. Der Rückblick machte deutlich, wie viel in Bewegung ist und sich von Jahrgang zu Jahrgang ändert. Fragen wie „Was interessiert Jugendliche? In welcher Situation leben sie? Wie kommen wir mit ihnen in Kontakt?“ sind stets neu zu stellen.

2. Die Konfirmandenarbeit soll mehr Praktika und praktische Arbeit enthalten.

Wie es das von Silvia Frey und Andreas Große vorgestellte Oggersheimer Modell aufzeigte, soll die Konfirmandenarbeit praktische Erfahrungen ermöglichen, z.B. durch Exkursionen auf Friedhöfe im Rahmen des Themas „Tod“. Auch sollen die KonfirmandInnen Handlungsfelder und Einrichtungen in der Gemeinde kennen lernen und dort wenn möglich Praktika machen.

3. Die Themendiskrepanz soll überwunden werden.

Was Pfarrerinnen und Pfarrern wichtig ist, interessiert nicht unbedingt Jugendliche. Dies scheint anhand der Ergebnisse

der Studie Jugendliche nicht so sehr zu stören. Sie sagen, die Konfirmandenarbeit ist gut, auch wenn wir nicht vorkommen. Im Vordergrund steht die Möglichkeit sich zu treffen, Gemeinschaft zu erleben und andere kennen zu lernen.

4. Angebote, die sich abheben, sollen entwickelt werden.

Auf eindrückliche Erlebnisse setzt auch diese Forderung: Events mit starkem Erlebnischarakter wie das Konficamp, der Konficup, Freizeiten oder anderes sollen neue Erfahrungsräume eröffnen, gemeinschaftsbildend sein und einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

5. Anschlussfähigkeit an die Jugendarbeit soll gewährleistet sein.

Die Schnittstelle zwischen Konfirmandenarbeit und Jugendarbeit ist ein sensibler Bereich und der Übergang vom einen zum anderen ist zwar erwünscht, funktioniert aber nicht immer. Gute Kooperation und Absprachen zwischen Pfarrer/ Pfarrerin und VertreterInnen der Jugendarbeit sind erforderlich. So sollte eine Schnittstelle geschaffen werden zwischen Konfirmandenarbeit und Jugendarbeit, die ein leichtes Hineinwachsen in die Jugendarbeit ermöglicht oder zumindest Geschmack darauf macht.

6. Eine MitarbeiterInnenausbildung soll entwickelt werden, um Ehrenamtliche in die Arbeit einzubinden.

Häufig werden Jugendliche nach der Konfirmation einfach als Hilfskräfte beim nächsten Konfirmandenjahrgang mitgenommen, ohne dass sie zuvor eine Qualifizierung erfahren haben. Das ermöglicht wenig Partizipation und kann Unsicherheit erzeugen. Eine Wertschätzung dieser Jugendlichen liegt vor, wenn man sie gezielt auf ihre Aufgaben vorbereitet und sie in Entscheidungsprozesse mit einbindet.

Langfristig ist Konfirmandenarbeit in enger Verzahnung mit Jugendarbeit ein notwendiges Projekt, das vor Ort entwickelt werden muss im Hinblick auf die Veränderung der Kirchengemeinde zu einer jugendfreundlichen Kirchengemeinde. Seitens der Evangelischen Jugendarbeit wird dieses Ziel in der im Januar 2010 startenden Maßnahme „Evangelische Jugendarbeit vor Ort. Auf dem Weg zur Kinder- und Jugendfreundlichen Kirche“ verstärkt ins Auge gefasst und mit ganz konkreten Projekten und den zuständigen Beteiligten vor Ort entwickelt.

Birgit Weindl

AKTUELLES

Personalia



Herzlich willkommen heißen wir Frau Julia Escherle aus Otterbach. Seit dem 01. Dezember 2009 ist sie unsere neue Kollegin im Landesjugendpfarramt

Als ausgebildete Bürokauffrau ist sie die Nachfolgerin von Frau Renate Sann in der Zentrale. So werdet ihr in der nächsten Zeit die „neue Stimme“ des Landesjugendpfarramtes am Telefon kennen lernen. Wir freuen uns besonders dass es möglich gewesen ist, nach über 16 Jahren wieder eine Stelle im Verwaltungsbereich zu besetzen.

AEJ

AEJ Mitgliederversammlung tagt in Berlin

Vom 19.-22. November 2009 trafen sich die Delegierten aller Mitgliederverbände der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)

Alle Beschlüsse sind nachzulesen unter:
www.evangelische-jugend.de

Im Jugendgästehaus der Stadtmission in Berlin fand die diesjährige Mitgliederversammlung der aej statt. Die Evangelische Jugend der Pfalz wurde von Volker Steinberg (Referent für Jugendpolitik), Helen Eßwein (Ehrenamtliche Vorsitzende der ELJV) sowie dem Stellvertreter Paul A. Schmid vertreten. Neben dem inhaltlichen Schwerpunkt Nachhaltigkeit gedachte die aej-mv dem 20. Jahrestag des Mauerfalls. Gäste waren verschiedene Zeitzeugen sowie Innenminister Dr. Thomas de Maizière.

Die 120. Mitgliederversammlung der aej verabschiedete 11 Beschlüsse zu den Themen

- Nachhaltigkeit,
- Gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus
- Bildungsstreik
- Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung
- Stärkung der Jugendpolitik

Volker Steinberg

*Die ersten Rückmeldungen zum Ehrenamtspapier sind da
In der letzten Ausgabe von EJ-aktuell wurde über den Beschluss der Evangelischen Landesjugendvertretung, dem Ehrenamtspapier: Ehrenamtlich in der Evangelischen Jugend der Pfalz – im Spannungsfeld zwischen Theologie, Partizipation, Bildung und Jugendpolitik“ berichtet und die Forderungen aus dem Papier abgedruckt.*

Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau begrüßt in seinem Antwortschreiben das „vorbildliche ehrenamtliche Engagement“ der Evangelischen Jugend und sieht die Anregungen und Forderungen des Papiers als gute Grundlage für die Diskussion um die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen zum Thema Jugend und Ehrenamt.

Hans Josef Bracht, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz begrüßt unsere Impulse in der Ehrenamtsdiskussion und lobt die Gegenüberstellung von Forderung und Verpflichtung. Er unterstützt unser

Anliegen zur Verbesserung von Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche. Ministerpräsident Kurt Beck hat eine Stellungnahme zum Beschluss der Evangelischen Jugend der Pfalz angekündigt. Darüber hinaus liegen weitere, schriftliche Rückmeldungen vor. Eine Vielzahl von mündlichen, unterstützenden Voten ist bei uns eingegangen.

Das Mitarbeiter/-innen Forum hat auf seinem Treffen die Anregung gegeben, dass die im Beschluss enthaltenen Forderungen nach einem Jahr überprüft werden sollen.

Volker Steinberg

Neues aus der Bibliothek

«Es ist genug für alle da ! » lautet das diesjährige Motto der 51. Aktion von „Brot für die Welt“. Die Aufforderung zum Teilen mahnt zu einem anderen Umgang mit Ressourcen und massenhaftem Engagement für mehr Gerechtigkeit. U.a. die Petitionsinitiative an den Deutschen Bundestag zur Einführung einer internationalen Transaktionssteuer wäre ein wichtiger Meilenstein zur Bekämpfung von Hunger und Armut. Nachfolgend stelle ich einige Materialien zu diesem Themenkomplex vor.

Eva Schön

Diese Materialien können u.a. in der Bibliothek im Landesjugendpfarramt kostenlos ausgeliehen werden.

Tel. 0631/3642-013

schoen@evangelische-jugend-pfalz.de

Ziegler, Jean

Der Hass auf den Westen.

Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren.

München: 2009

Wie können wir die Akteure des globalisierten Finanzkapitalismus daran hindern, den Rest der Welt ihrer mörderischen Herrschaft zu unterwerfen? Bei der Suche nach Antworten geht der Autor zurück in die Geschichte des Kolonialismus, der die Sklaverei und die Unterwerfung ganzer Kontinente zur Folge hatte. Zynisch dagegen, wenn Vertreter westlicher Staaten die Menschenrechte einklagen, sie aber gleichzeitig weiter mit Füßen treten.

An den Beispielen von Nigeria und Bolivien macht der Autor schließlich deutlich, mit welcher Brutalität westliche Firmen gegen Mensch und Natur vorgehen, um ihre Profitmaximierung aufrecht zu erhalten.

Meditationstuch

“Es ist genug für alle da“ (1,30 x 1,30 m)

Unter diesem Titel verbindet der ugandische Künstler Stephen Kasumba biblische und ugandische Motive mit Herausforderungen zur Gegenwart. Klimawandel, Nahrungsexport, Zugang zu sauberem Wasser und die Überschwemmungsgefahr sind die Themen, die er in seinem

Bild aufgreift und gleichzeitig die Vision des Teilens in den Mittelpunkt stellt.

Das dazu gehörige Arbeitsheft enthält u.a. Vorschläge zum Einsatz in der Gemeinde (Gottesdienst und Konfirmandenunterricht) und in der Schule.

Die beigelegte CD enthält Aufnahmen des Meditationstuches, Bilder aus der Projektarbeit von „Brot für die Welt“ etc.

Schüppel, Katrin

Kann Ich die Welt retten ? Verantwortungsvoll leben – clever konsumieren
Mülheim/Ruhr: 2009

„Markenschuhe und Dumpinglöhne“, „Erderwärmung schreitet schneller voran“, „Überfischung bedroht Ozeane“etc. Die Zeche unseres Lebensstils bezahlen die Menschen, die auf der südlichen Halbkugel unseres Planeten leben.

Wie viel Konsum verträgt die Welt? Der Band mit vielen Hintergrundinformationen, praktischen Beispielen und



Arbeitsanregungen zeigt Jugendlichen, wie sie auch mit wenig Geld und eingeschränktem Handlungsspielraum verantwortungsbewusst leben und nachhaltig konsumieren können.

DVD 027

„Verkauft“ – Kindersklaven in einer globalisierten Welt
(29 Min.) FWU. 2009

Sie klopfen Pflastersteine, hantieren mit gefährlichen Chemikalien oder schufteten Tag und Nacht in fensterlosen Kellerräumen – auch für deutsche Kunden. Kinder sind die billigsten Arbeitskräfte des 21. Jahrhunderts. Von



ihren Eltern verkauft oder von Schleppern entführt, produzieren sie unter menschenunwürdigen Bedingungen Billigwaren für einen globalisierten Markt. Der Film zeigt Schicksale von Kindersklaven in Indien. Doch die Suche nach den Verantwortlichen führt bis nach Deutschland und beweist, wie erschreckend eng deutsche Firmen mit diesen Lebensläufen verknüpft sind. Thematische Sequenzen und ausführliches Zusatzmaterial ermöglichen eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen einer globalisierten Welt. Geeignet für Kinder- u. Jugendbildung ab 12 Jahren, Erwachsenenbildung.

*Einsatz nur innerhalb der Ev. Jugend der Pfalz!

